

Niederschrift
über die Sonder-Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 15.06.2023

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 16:10 Uhr

Ende: 16:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Vincenzo Copertino

Herr Steve Kuhlmann

Frau Ursula Schineller

SPD

Herr Melchior Fluhme

Frau Sylvia Gorsler

Vorsitzende

Herr Markus Kollmeier

Frau Regine Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Jana Bohne

Herr Joachim Hood

Herr Klaus Rees

Herr Thies Wiemer

als Vertretung für Herrn Eilmes

als Vertretung für Frau Labarbe

Die Partei

Herr Christian Loth

als Vertretung für Frau Asmuth

AfD

Herr Dr. Florian Sander

Die Linke

Frau Brigitte Stelze

als Vertretung für Frau Beier

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Robert Alich

Herr Michael Gugat

Frau Gordana Kathrin Rammert

Beratende Mitglieder

Frau Murisa Adilovic

Integrationsrat

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Ursula Haas-Olbricht

Seniorenrat, als Vertretung für Frau Huber

Verwaltung

Herr Peter Hiltawsky

Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Frau Gisela Krutwage

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

Herr Jörg Leesemann

Stab Dezernat 5

Herr Ingo Nürnberger

Erster Beigeordneter Dezernat 5

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

Gäste

Frau Jessica Bremes

Geschäftsführerin FDP-Fraktion

Frau Kirsten Hopster

AWO Kreisverband Bielefeld e.V.

Herr Simon Löwenstein

Fraktionsreferent CDU-Fraktion

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die Anwesenden zur 28. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses als Sondersitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie teilt zur Tagesordnung mit, dass zu TOP 1 „Interventionsstelle Häusliche Gewalt“ zwei Anträge vorlägen, nämlich der

- gemeinsame Antrag der Rats-Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 15.06.2023 (Drucksachennummer: 6298/2020-2025) und
- der Änderungsantrag der AfD-Ratsgruppe vom 15.06.2023 (Drucksachennummer: 6328/2020-2025).

Es gibt keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

Zu Punkt 1

Interventionsstelle Häusliche Gewalt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6298/2020-2025, 6328/2020-2025

Frau Weißenfeld (SPD-Fraktion) stellt den gemeinsamen Antrag der Rats-Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 15.06.2023 vor. Die Interventionsstelle Häusliche Gewalt sei in der Psychologischen Frauenberatung angegliedert. Diese Aufgabe werde vom Innenministerium und der Polizei befürwortet. Sie sei bis Januar 2023 aus Mitteln des Landes finanziell gefördert worden. Über die Fortführung der Förderung gebe es innerhalb der Ministerien des Landes NRW noch Abstimmungsbedarf. Um die Aufgabenerfüllung für 2023 sicherzustellen, sollten nun kommunale Mittel eingesetzt werden, bis es eine verlässliche Finanzierung durch das Land gebe.

Herr Hood (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) entschuldigt die kurzfristige Vorlage des Antrages und wirbt darum, dass weitere Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschuss der beantragten Zwischenlösung zustimmen sollten, bis das Land das Gewaltschutzgesetz auch finanziell umgesetzt habe.

Herr Copertino (CDU-Fraktion) hätte sich die Einbeziehung seiner Fraktion gewünscht. Der CDU-Landtagsabgeordnete Herr Brüntrup sei ins Thema eingeschaltet. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag beitreten und zustimmen.

Herr Gugat (Einzelvertreter LiB) begrüßt die Initiative und die Unterstützung dieser wichtigen Aufgabe.

Herr Dr. Sander (AfD-Ratsgruppe) erklärt die Zustimmung der AfD-Ratsgruppe zum diskutierten Antrag. Er erläutert den Änderungsantrag hierzu und begründet ihn mit einer Wissenslücke an wissenschaftlich verwertbaren Zahlen.

Herr Gugat (Einzelvertreter LiB) argumentiert dagegen und Frau Weißenfeld (SPD-Fraktion) verweist auf die Freiwilligkeit, die Beratung als Opfer anzunehmen.

Nach Ende der Diskussion lässt Vorsitzende Frau Gorsler über den Antrag der AfD-Ratsgruppe abstimmen.

Text des Antrags der AfD-Ratsgruppe (Drucksache 6328)

Beschlussvorschlag:

Der Antrag „Interventionsstelle Häusliche Gewalt“ (Drs. 6298/2020-2025) wird wie folgt erweitert:

„Im Rahmen der Tätigkeit der Interventionsstelle soll, gebunden an die Gewährung kommunaler Mittel, zum Ende dieses Jahres eine Evaluation hinsichtlich der Fragen erfolgen, a) wie viele der Betroffenen (sowohl Täter als auch Opfer) einen Migrationshintergrund haben und b) inwieweit möglicherweise „mitgebrachte“ kulturelle Denk- und Handlungsmuster bei Vorfällen häuslicher Gewalt ursächlich waren oder mindestens relevante Einflüsse darstellten. Über die Ergebnisse ist dem Sozial- und Gesundheitsausschuss zu berichten. Im Falle einer notwendigen kommunalen Finanzierung über das Jahr 2023 hinaus soll die Evaluation parallel dazu weitergeführt werden.“

- Der Antrag der AfD-Ratsgruppe wird mit großer Mehrheit abgelehnt. –

Nach einem persönlichen Statement, dass die Suche nach kulturellen Unterschieden möglicherweise den Blick auf andere Ursachen verstelle, stellt Vorsitzende Frau Gorsler den gemeinsamen Antrag der Ratsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke (Drucksachennummer: 6298/2020-2025) zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Interventionsstelle Häusliche Gewalt bei der Psychologischen Frauenberatung wird bis zum Ende des Jahres 2023 aus kommunalen Mitteln abgesichert. Die dafür notwendigen Mittel in Höhe von ca. 20.000 Euro sind im diesjährigen Haushalt des Dezernats für Soziales und Integration zu erwirtschaften. Die Verwaltung wird beauftragt, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass die Interventionsstelle ab dem Jahr 2024 verlässlich über Landesmittel finanziert wird.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

Künftiger Umgang mit dem Laborgebäude – mündliche Information der Verwaltung

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger informiert über die Nutzung des Laborgebäudes an der Werner-Bock-Straße. Es sei in der Vergangenheit zweimal als Flüchtlingsunterkunft verwendet worden. In der Zeit dazwischen habe es dem Verein „Ostblock Kulturhaus Bielefeld e.V.“ zur Verfügung gestanden. Diese Nutzung sei 2022 beendet worden, da die Unterbringung ukrainischer Flüchtlinge im Gebäude notwendig geworden sei. Aktuell bestünde kein Bedarf als Not-Unterkunft mehr, so dass die rd. 100 Kunstschaffenden das Gebäude kurzfristig wieder als Kulturstätte

nutzen wollten. Diese Nutzung bis Ende 2024 sei nach Auffassung der Verwaltung - trotz aller Unsicherheiten bezüglich der weiteren Entwicklung der Flüchtlingssituation - möglich, da der BLB als Eigentümer voraussichtlich keine Kündigung bis 30.06.2023 aussprechen werde und eine Räumungsklausel der Nutzung als Not-Unterkunft Vorrang einräume.

In den letzten Wochen hätten zwei Termine mit den Beteiligten stattgefunden. Dabei sei vereinbart worden, dass von den zahlreichen Räumen in 2024 sechs Räume als Ausweichmöglichkeit für die Begegnungsstätte „Kava“ reserviert würden, für den Fall, dass das Bestandsgebäude in der Kavalleriestraße in 2024 von der BGW saniert werde.

Herr Hood (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) bekräftigt die Aussage des Ersten Beigeordneten Herrn Nürnberger, dass das Laborgebäude bei Bedarf vorrangig als Flüchtlingsunterkunft zu nutzen sei. Er bittet um eine Informationsvorlage nach der Sommerpause mit einem Gesamtüberblick über die kurz- und mittelfristig vorhandenen und möglichen Kapazitäten und Optionen zur Unterbringung von geflüchteten Menschen. Dies wird von der Verwaltung zugesagt.

-.-.-

Vorsitzende Frau Gorsler schließt die Sitzung um 16:30 Uhr.

Sylvia Gorsler (Vorsitzende)

Britta Zimmermann (Schriftführung)